

An den Bürgermeister
der Stadt Coesfeld
Herrn Heinz Öhmann
Markt 8

48653 Coesfeld

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion **AfC / FAMILIE** bittet den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt-und Finanzausschusses aufzunehmen:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Coesfeld, sich eine Selbstverpflichtung auf zu erlegen, die Hebesätze für die Grundsteuern so zu gestalten, dass es durch eine mögliche Neuregelung durch das Bundesverfassungsgericht zu keinen Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger Coesfelds kommt.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht prüft gegenwärtig eine Reform der Grundsteuer, weil es keine Steuergerechtigkeit zwischen Ost und West gibt. Während die Grundsteuer in Westdeutschland auf Basis sogenannter Einheitswerte aus dem Jahr 1964 berechnet wird, sind es im Osten Zahlen von 1935.

Der Bundesrat hat ein neues Berechnungsmodell vorgeschlagen. Danach soll die Grundsteuer nicht mehr nach dem Einheitswert bemessen werden, sondern nach dem aktuellen Boden- und Gebäudewert. Sollte dieses Modell zum Tragen kommen, ließe dies eine deutliche Mehrbelastung für Eigentümer und Mieter erwarten. In Einzelfällen sei mit Steigerungen um das 50-fache der bisherigen Belastungen zu rechnen. Dies wiederum würde zu deutlichen Mietsteigerungen führen und für Eigenheim Besitzer zu erhöhten Abgaben. Dies muss verhindert werden.

Die Grundsteuern stehen einzig und allein den Kommunen zu und sind von daher eine sehr wichtige Einnahmequelle auch für unsere Stadt. Die Fraktion Aktiv für Coesfeld/Familie ist aber der Auffassung, dass das laufende Verfahren nicht dazu benutzt werden darf, unsere Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher mit Grundsteuern zu belasten.

Mit freundlichem Gruß

Dieter Goerke
Fraktionsvorsitzender